

# Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise

Engelhoven

2023

ISBN 978-3-406-79457-5

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Engelhoven

Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Richtiges Verhalten in der Compliance-Krise

Herausgegeben von

**RA Dr. Philipp Engelhoven**

Bearbeitet von

RA Jan Christian Eggers, LL.M. (Exeter); RA Dr. Philipp Engelhoven;  
RA Dr. Oliver Pragal; RA Dr. Oliver Stegmann; StBin Melanie Weist †

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG  
2023



Zitiervorschlag: Engelhoven Compliance-Krise/Bearbeiter § ... Rn. ...

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 79457 5

© 2023 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH

Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

# Vorwort

*„Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“* Max Frisch

Treffender lassen sich die Herausforderungen von Compliance-Krisen nicht beschreiben: Man muss nur richtig mit ihnen umgehen. Compliance ist schon seit vielen Jahren als Ziel und Mittel geschäftlichen Handelns anerkannt. Sie ist Ziel, um die mit Zuwiderhandlungen verbundenen Nachteile zu vermeiden, die längst nicht mehr nur aus Kosten für Schadensersatzzahlungen und Bußgelder bestehen, sondern auch aus erheblichen Reputationsschäden und persönlichen Strafbarkeitsrisiken. Und sie ist Mittel im Sinne einer unternehmensinternen Organisation, die auf den Schutz des Unternehmens und der handelnden Einzelnen, die Aufdeckung von Zuwiderhandlungen und erforderlichenfalls eine frühzeitige Verhaltenskorrektur gerichtet ist. Trotz aller vorsorgenden Maßnahmen sind Compliance-Krisen unvermeidbar, etwa wenn es in einem Unternehmen zu einem Rechtsverstoß gekommen ist.

Obwohl der Themenkreis bekannt und etabliert ist und es eine fast unübersehbare Fülle an Veröffentlichungen dazu gibt, heißt das allerdings nicht, dass ein befürchteter oder festgestellter Rechtsverstoß von den zu ihrer Bewältigung berufenen Personen jeweils auf Anhieb und in jeder Hinsicht problemlos zu beheben ist. Nach unseren Erfahrungen tun sich viele betroffene Unternehmen mit der Bewältigung einer Compliance-Krise schwer. Das ist nur verständlich, denn es handelt sich um eine seltene Ausnahmesituation mit potenziell schweren Folgen, in der rechtliche und ethische mit sozialen Normen (tatsächlich oder gefühlt) kollidieren können. Zudem sind oft Ermittlungsbehörden und Medien an der Aufklärung beteiligt und verfolgen möglicherweise ihre eigene Agenda. Die Compliance-Krise ist deshalb in keiner Hinsicht alltäglich. Ihre Komplexität erfordert einen Rundumblick und viel Erfahrung.

Dieses Handbuch richtet sich in erster Linie an den von einer Compliance-Krise praktisch betroffenen Personenkreis. Es soll als Überblick zur breiten (und an einigen Stellen auch etwas tiefergehenden) Orientierung und als Handreichung vor oder inmitten einer Compliance-Krise dienen. Darüber hinaus bietet es zahlreiche Formulierungsbeispiele und Muster für alle möglichen Fragestellungen und Einsatzzwecke an.

Hamburg, im Januar 2023

Die Verfasser

*In memoriam Melanie Weist*

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Verzeichnis der (abgekürzt) zitierten Literatur .....	XXIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV

## § 1. Compliance-Krise durch Aufdeckung eines Rechts- oder Regelverstößes

A. Durchsuchung durch Strafverfolgungsbehörden .....	1
I. Durchsuchungsbeschluss: Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen und Eingriffsbefugnisse .....	2
1. Anfangsverdacht .....	2
2. Anforderungen an die „Auffindevermutung“ .....	3
3. Verhältnismäßigkeit .....	3
4. Vorherige Anhörung des Betroffenen .....	4
5. Anordnungskompetenz .....	4
6. Schriftliche und mündliche Beschlussfassung .....	4
7. Räumliche Geltung .....	4
8. Zeitliche Geltung .....	5
9. Sonderfall „Kombinationsbeschluss“ .....	5
II. Beschlagnahme und Sichtsungsverfahren .....	5
III. Beschlagnahmeschutz bei Rechtsanwältinnen .....	6
IV. Rechte und Pflichten der Betroffenen während der Durchsuchung .....	8
1. Vorbereitung, Schulung und Training des richtigen Verhaltens bei Durchsuchungen .....	8
2. Verhalten bei Vorauskenntnis .....	9
3. Grundsatz: Keine Verhinderung der Durchsuchung möglich .....	9
4. Verbot der „unzulässigen Bloßstellung“ .....	10
5. Durchsuchung in Abwesenheit .....	10
6. Durchsuchung in Anwesenheit .....	10
a) Empfang der Durchsuchungskräfte .....	10
b) Zeitgleiche Telekommunikationüberwachung .....	10
c) Unterstützung durch versierten Strafrechtler .....	11
d) Prüfung des Durchsuchungsbeschlusses .....	11
e) Durchsuchung der Rechts- und Compliance-Abteilung .....	12
f) Vollumfängliche Kooperation? .....	12
g) Informelle Gespräche und Zeugenvernehmungen während der Durchsuchung .....	13
h) Informelle Gespräche zB von Mitarbeitern mit dem Unternehmensanwalt .....	13
i) Freiwillige Herausgabe? .....	14
j) Anfertigung von Kopien zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs .....	14
k) Protokollierung und Abschluss der Maßnahme .....	15
7. Besonderheiten in Bezug auf die „IT-Durchsuchung“ .....	15
a) Vorsorgemaßnahmen .....	15
b) Verschiedene Rechtsgrundlagen zur Erhebung von IT-Beweisen .....	16
c) Besonderheiten beim Sichtsungsverfahren .....	16
d) „Kleine Online-Durchsuchung“ gem. § 110 Abs. 3 StPO .....	17
e) Sicherstellung und Beschlagnahme von Daten bzw. Datenträgern .....	18

f) Herausgabeverlangen bei Diensteanbietern (§ 95 StPO) .....	18
g) Datenlieferungsvereinbarungen mit Ermittlungsbehörden .....	19
h) Delegation der behördlichen Sichtung und Auswertung auf private Unternehmen? .....	20
V. Information der Belegschaft nach der Durchsuchung .....	21
VI. Rechtsbehelfe und Verwertungsverbote .....	21
VII. Kommunikation und Kooperation mit den Ermittlungsbehörden während und im unmittelbaren Nachgang der Durchsuchung .....	22
VIII. Umgang mit Social Media, Presse und Öffentlichkeit .....	22
IX. Koordination mit Individualverteidigern und Zeugenbeiständen .....	24
X. Bestandsaufnahme und Debriefing .....	24
B. Durchsuchung durch Bundeskartellamt oder EU-Kommission .....	24
I. Vorbereitung, Schulung und Training .....	24
II. Empfang der Durchsuchungsbeamten .....	25
III. Durchsuchungsbeschluss und Nachprüfungsentscheidung .....	26
1. Allgemeine Regeln .....	26
2. Bundeskartellamt .....	26
3. EU-Kommission .....	28
IV. Verhinderung und Behinderung .....	29
V. Beschlagnahme und Kopien .....	29
VI. IT-Durchsuchung .....	31
VII. Befragung .....	32
1. Bundeskartellamt .....	32
2. EU-Kommission .....	35
VIII. Kooperation .....	36
IX. Versiegelung, Abschluss der Maßnahme .....	37
X. Interne Kommunikation .....	37
XI. Einbindung von Individualverteidigern .....	38
C. Hinweise im internen Hinweisgebersystem .....	39
I. Rechtsgrundlage für Hinweisgebersysteme im Unternehmen .....	40
II. Eingang und Entgegennahme eines Hinweises .....	41
1. Hinweise durch Arbeitnehmer .....	41
2. Hinweise durch externe Dritte .....	42
III. Bewertung des Hinweises .....	43
IV. Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen .....	44
V. Interne Kommunikation .....	45
VI. Umgang mit falschen Hinweisen .....	45
D. Entdeckung durch ein ohne konkreten Verdacht durchgeführtes Compliance-Audit .....	46
I. Vorbereitung des Audits .....	47
II. Auditierungsplan .....	48
III. Budget .....	48
IV. Verfahren .....	49
1. Vorherige Prüfung der relevanten Verträge, Korrespondenz und Dokumente .....	49
2. Mitarbeitergespräche .....	50
3. Bewertung der einzelnen Vorgänge .....	52
V. Dokumentation .....	52
VI. Berichtswege für die Ergebnisse .....	53
VII. Handlungspflichten bei Verdachtsfällen .....	53

E. Formulierungsbeispiele .....	54
I. Beispiel eines Durchsuchungsbeschlusses .....	54
II. Interne E-Mail an potenziell betroffene Mitarbeiter .....	55
III. Muster-Beschlagnahmeverzeichnis (Bundeskartellamt) .....	56
IV. Leitfaden für Durchsuchungen .....	57
V. Vollmacht .....	58
VI. Verfahrensanweisung für Compliance-Fälle .....	58
VII. Organisationsanweisung für die Unternehmensleitung bei Compliance-Krisenfällen .....	61
VIII. Aufsichtsratsbeschluss für Verfahrensanweisung für die Unternehmensleitung .....	64
IX. Definition des Audit-Umfangs im Beauftragungsschreiben .....	65
X. Auditierungsplan .....	66
XI. Ankündigung Compliance-Audit gegenüber den Mitarbeitern .....	66
XII. Fragebogen für die Mitarbeiterbefragung bei einem Compliance Audit .....	67
XIII. Bericht über Compliance-Audit .....	68

**§ 2. Sofortmaßnahmen nach Entdeckung des Verstoßes**

A. Erste Bewertung und Dokumentation der Verdachtslage .....	71
I. Handlungspflichten und Unternehmensinteresse .....	71
II. Erste Bewertung der Informationsquellen .....	72
III. Dokumentation des Verdachts .....	73
IV. Sicherung der Beweismittel .....	73
V. Kooperation mit Ermittlungsbehörden? .....	74
B. Bildung eines Krisenstabs .....	76
I. Auftraggeber der Untersuchung .....	76
II. Interne Mitglieder des Krisenstabes .....	77
III. Externe Mitglieder des Krisenstabes .....	77
C. Strukturierung der Mandatsbeziehungen im Konzern .....	78
D. (Vorläufige) Abstellung der relevanten Verhaltensweisen .....	80
I. Kommunikation im Unternehmen .....	80
II. Kommunikation und Rechtshandlungen gegenüber Vertragspartnern .....	80
III. (Vorläufige) Freistellung von betroffenen Mitarbeitern .....	81
E. Entscheidung über Kronzeugenanträge .....	81
I. Kronzeugenregelung im Strafrecht .....	81
II. Sieht das Steuerrecht eine Kronzeugenregelung vor? .....	83
III. Kronzeugenregelung des Bundeskartellamts, Settlement .....	83
IV. Kronzeugenregelung der EU-Kommission, Settlement .....	87
F. Ad-hoc-Pflichten .....	91
I. Rechtsgrundlagen .....	91
II. Pflicht zur Ad-hoc-Mitteilung .....	92
III. Inhalt der Ad-hoc-Mitteilung .....	92
IV. Rechtsfolgen einer pflichtwidrig unterlassenen Ad-hoc-Mitteilung .....	93
G. Steuerliche Anzeige- und Berichtigungspflichten nach § 153 AO .....	94
I. Unrichtige oder unvollständige Erklärung .....	95
II. Nachträgliches Erkennen vor Ablauf der Festsetzungsfrist .....	96
III. Rechtsfolge: Anzeige- und Berichtigungspflicht .....	97
IV. Verpflichteter Personenkreis .....	99
V. Weitere Anwendungsfälle des § 153 AO .....	99

# Inhaltsverzeichnis

---

H. Sicherung der Geheimhaltung .....	100
I. Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften .....	101
J. Abstellungsvereinbarung mit Mittägern .....	101
K. Formulierungsbeispiele .....	102
I. Marker-Schreiben an das Bundeskartellamt .....	102
II. Antrag auf Kronzeugenbehandlung (Schreiben an das Bundeskartellamt) ....	103
III. Settlement-Erklärung .....	104
IV. Abstellungsvereinbarung zwischen Kartellanten .....	104

## § 3. Informationsfluss im Unternehmen

A. Information der Aufsichtsgremien in Unternehmen .....	107
I. Einleitung .....	107
II. Information des Aufsichtsrats .....	107
1. Aktiengesellschaft .....	107
2. GmbH .....	110
III. Information der Gesellschafterversammlung .....	110
1. GmbH .....	110
2. Aktiengesellschaft .....	112
IV. Information der Gesellschafterversammlung in Personengesellschaften (OHG, KG, GmbH & Co. KG, GbR) .....	112
1. Offene Handelsgesellschaft .....	112
2. Kommanditgesellschaft .....	113
3. GmbH & Co. KG .....	113
4. BGB-Gesellschaft .....	114
5. Gesetzesreform .....	114
V. Information des Beirats .....	115
B. Weisungsrechte der Aufsichtsorgane .....	116
I. Weisungsbefugnisse in der Aktiengesellschaft .....	116
II. Weisungsbefugnisse in der GmbH .....	116
III. Weisungsbefugnisse in der Personengesellschaft (OHG, KG, BGB-Gesellschaft) .....	117
C. Information an Wirtschaftsprüfer .....	117
I. Einleitung .....	117
II. Phasen der Abschlussprüfung und Arbeitsweise des Abschlussprüfers .....	118
III. Verarbeitung von Ergebnissen eines Compliance Verstoßes iRd Abschlussprüfung .....	118
IV. Exkurs: Prüfungen außerhalb der Abschlussprüfung .....	119
D. Information der Versicherungen .....	119
I. Vertrauensschadenversicherungen .....	119
II. Funktionsweise der D&O-Versicherungen .....	120
III. Strategische Empfehlung .....	121
IV. Berücksichtigung des Selbstbehalts .....	121
V. Besonderheiten bei Amnestievereinbarungen .....	122
VI. Prüfkriterien für D&O-Versicherungen .....	122
E. Formulierungsbeispiele .....	123

§ 4. Interne Ermittlung des Verdachts

A. Rechtspflicht zur Vollaufklärung .....	125
I. Rechtliche Grundlage .....	125
II. Anfangsverdacht .....	126
III. Begriff „interne Untersuchung“ .....	127
IV. Zuständigkeit innerhalb des Unternehmens .....	128
1. Aktiengesellschaft .....	128
2. GmbH .....	129
B. Mandatsvereinbarung und Prüfung der Beschlagnahmefreiheit .....	130
C. Organisation der internen Ermittlung .....	131
I. Geeignetes Ermittlungsteam .....	131
II. Interessenkonflikte .....	132
III. Koordination mit dem Unternehmensverteidiger .....	133
IV. Ermittlungsmaßnahmen .....	133
1. Prüfung der Asservate aus der Durchsuchung .....	133
2. Prüfung der Akten des Unternehmens .....	134
3. Prüfung der Buchhaltung und des Rechnungswesens .....	134
4. Prüfung von E-Mail-Korrespondenz .....	135
5. Einsatz von IT und datenschutzrechtliche Aspekte .....	135
a) Einsatz von Software .....	136
aa) Datenarten .....	136
(1) Numerische Daten .....	136
(a) Daten in fixem Format .....	136
(b) Daten in anderen Formaten .....	136
(2) Alphanumerische Daten .....	136
(3) Daten in analoger Form .....	137
bb) Datenanalyse .....	137
(1) Numerische Daten .....	137
(2) Alphanumerische Daten .....	138
(3) Analoge Daten in digitalisierter Form .....	138
(4) Automatisierung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz .....	138
b) Beachtung datenschutzrechtlicher Vorschriften – insbes. Beschäftigtendatenschutz .....	139
aa) Problemstellung .....	139
bb) Personenbezogene Daten im Datenpool .....	139
cc) Zugriffsobjekte, Verantwortliche und Betroffene .....	140
(1) Zugriffsobjekte .....	140
(a) E-Mails .....	140
(b) E-Mail-Logfiles .....	140
(c) Andere Datenpools .....	140
(2) Verantwortliche und Betroffene .....	140
dd) Prüfungsmaßstab und Rechtfertigung .....	140
(1) Keine Geltung des Fernmeldegeheimnisses .....	141
(2) Arbeitnehmer .....	142
(a) § 26 BDSG .....	142
(b) Art. 6 Abs. 1 Buchst. f DS-GVO .....	143
(c) Dokumentation der Interessenabwägung .....	144
(d) Information der Arbeitnehmer .....	144
(e) Einwilligung .....	144
(3) Externe .....	144
c) Strafrechtliche Risiken .....	144

d) Auslandsbezug .....	145
6. Befragung von Mitarbeitern .....	146
a) Strategische Erwägungen .....	146
b) Belehrung vor Mitarbeitergesprächen .....	146
c) Arbeitsrechtliche Pflichten .....	148
aa) Pflicht zur Mitwirkung .....	148
bb) Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats .....	148
cc) Rechte der Arbeitnehmer .....	149
d) Protokoll über Mitarbeiterbefragung .....	149
D. Dokumentation der internen Untersuchung .....	150
I. Asservate- und Vorgangslisten .....	151
II. Untersuchungsbericht .....	151
E. Umgang mit dem Untersuchungsbericht .....	152
I. Pflicht zur Erstellung eines schriftlichen Berichts? .....	152
II. Rechtspflicht zur Vollständigkeit und Objektivität? .....	153
1. Dilemmata und strategische Risiken in der Praxis .....	153
2. Rechtlicher Rahmen und Folgerungen für die Berichterstattung .....	154
a) Lügeverbot (§ 43a BRAO) .....	154
b) Strafvereitelung (§ 258 StGB) .....	155
F. Beschlagnahmeschutz .....	157
G. Übergabe des Untersuchungsberichts an die Ermittlungsbehörden? .....	158
H. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung .....	158
I. Formulierungsbeispiele .....	159
I. Einwilligung zur E-Mail-Auswertung von Mitarbeitern .....	159
II. Datenschutzrechtliche Dokumentation .....	159
III. Dienstanweisung für das Ermittlungsteam bei E-Mail-Auswertung .....	160
IV. Belehrung von Mitarbeitern vor Befragung .....	161
V. Asservate- und Vorgangsliste .....	162
VI. Bericht über interne Untersuchung .....	163
<b>§ 5. Arbeitsrechtliche Maßnahmen</b>	
A. Besonderheiten im deutschen Arbeitsrecht .....	167
B. Prüfung der arbeitsrechtlichen Maßnahmen .....	168
I. Ermahnung und Abmahnungen .....	168
II. Kündigungen .....	169
1. Anforderungen an den Kündigungsgrund .....	170
2. Ausschlussfrist der außerordentlich fristlosen Kündigung (§ 626 Abs. 2 BGB) .....	171
3. Kenntnis der Kündigungstatsachen .....	171
4. Kenntnis des Kündigungsberechtigten .....	172
III. Sonderfall: Verdachtskündigung .....	174
IV. Kosten-Nutzen-Abwägung .....	175
C. Vorbereitung der Kündigungsschutzprozesse .....	176
D. Schadensersatzforderungen gegenüber Mitarbeitern .....	177
E. Strafanzeigen gegen Mitarbeiter .....	179
F. Amnestievereinbarungen mit Mitarbeitern .....	179

G. Vorbereitung der vergaberechtlichen Selbstreinigung .....	181
H. Formulierungsbeispiele .....	181

**§ 6. Prüfung der steuerlichen Auswirkungen und Rückstellungen**

A. Prüfung der steuerlichen Auswirkungen des Compliance-Verstoßes .....	185
I. Berichtigung von Steuern (§ 153 AO) .....	185
II. Steuerliche Selbstanzeige (§ 371 AO) .....	185
1. Voraussetzungen der Selbstanzeige .....	186
2. Von der Selbstanzeige umfasster Personenkreis .....	186
3. Inhalt der Selbstanzeige .....	187
4. Form der Selbstanzeige .....	188
5. Ausschluss-/Sperrgründe .....	188
6. Sonderfall Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen .....	189
7. Absehen von Verfolgung in besonderen Fällen .....	190
III. Umfang des Betriebsausgabenabzugs für Steuerberatungskosten .....	191
1. Grundzüge zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Steuerberatungskosten .....	191
2. Steuerberatungskosten im Falle einer Compliance-Krise .....	192
3. Sonderfall der steuerlichen Nacherklärung bzw. steuerlichen Selbstanzeige nach § 371 AO .....	193
IV. Steuerrechtliche Implikationen bzgl. Verteidigerhonoraren und Geldauflagen gem. § 153a StPO .....	194
1. Vorsteuerabzug aus Verteidigungskosten des Steuerpflichtigen .....	194
2. Ertragsteuerliche Behandlung von Verteidigerhonoraren .....	195
a) Betriebsausgaben .....	196
b) Ertragsteuerliche Folgen für das Unternehmen bei Übernahme von Verteidigungskosten durch den Arbeitgeber .....	196
c) Abzugsverbot für die Zuwendung von Vorteilen iSd § 4 Abs. 5 Nr. 10 EStG .....	197
d) Steuerliche Abzugsfähigkeit von Geldstrafen sowie Leistungen zur Erfüllung von Auflagen oder Weisungen .....	198
e) Abzugsfähigkeit von Geldbußen, Ordnungsgeldern und Verwarngeldern .....	199
f) Strafzuschlag nach § 398a Abs. 1 Nr. 2 AO .....	199
3. Besonderheiten im Umgang mit Finanzbehörden .....	200
B. Rückstellungen für Steuernachzahlungen, Geldbußen, Schadensersatzleistungen und Kosten .....	201
I. Grundsätze zu handelsrechtlichen Rückstellungen .....	201
II. Zeitpunkt der Verursachung .....	202
III. Wahrscheinlichkeit der Inanspruchnahme der Rückstellung .....	203
IV. Exkurs: Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen nach den IFRS (International Financial Reporting Standards) .....	203
V. Beispiele im Zusammenhang mit der Bildung von Rückstellungen .....	204
1. Steuerrückstellungen .....	204
2. Geldbußen .....	205
3. Rückstellungen für Schadensersatzleistungen .....	205
4. Rückstellungen für sonstige Kosten .....	205

## § 7. Zivilrechtliche Ansprüche im Zusammenhang mit dem Verstoß

A. Entschädigungsleistungen gegenüber Dritten .....	207
I. Haftung nach Compliance-Verstößen .....	207
II. Vorbereitung einer vergaberechtlichen Selbstreinigung .....	207
III. Sonderfall: Kartellschadensersatz .....	208
1. Rechtliche Grundlagen .....	208
2. Einfluss auf Kronzeugenantrag .....	208
3. Verjährungsverzicht .....	209
4. Einfluss auf Selbstreinigung .....	209
B. Prüfung und Sicherung von Regressansprüchen des Unternehmens .....	210
I. Gegen das Management .....	210
1. Eigene Pflichtverletzung .....	210
2. Aufsichtspflichtverletzung .....	210
3. Beweislast .....	210
4. Verschulden .....	211
5. Kausaler Schaden .....	211
6. Sonderfall: Haftung für Bußgelder .....	211
7. Schadensersatzansprüche Dritter .....	212
8. Sonderfall: Kosten für interne Untersuchungen .....	213
9. Ausschluss der Haftung .....	213
10. Rechtsverfolgungskosten .....	214
11. Verjährung .....	214
II. Gegen Mitarbeiter .....	214
III. Gegen Mittäter .....	214
1. Grundlagen .....	214
2. Sonderfall: Kartellrecht .....	216
IV. Freistellungsvereinbarungen .....	216
V. Notarielles Schuldanerkenntnis der Täter .....	217
C. Formulierungsbeispiele .....	218
I. Verjährungseinredeverzichtserklärung .....	218
II. Kooperations- und Freistellungsvereinbarung .....	218
III. Wiedergutmachungsvereinbarung mit Schuldanerkenntnis .....	220

## § 8. Insolvenzüberwachung

A. Prüfung der Insolvenzantragsgründe .....	227
I. Überschuldung .....	229
1. Stufe: Prüfung der rechnerischen Überschuldung .....	229
2. Stufe: Prüfung der Fortführungsprognose .....	230
II. Zahlungsunfähigkeit .....	230
B. Laufende Dokumentation .....	231
C. Maßnahmen bei Vorliegen der Insolvenzgründe .....	232
D. Lösungsmöglichkeit: Sanierung in der Insolvenz? .....	234
E. Formulierungsbeispiele .....	235
I. Liquiditätsbilanz .....	235
II. Überschuldungsbilanz .....	235
III. Verdichteter Finanzplan .....	236
IV. (Interne) Patronatsvereinbarung .....	236
V. Qualifizierte Rangrücktrittsvereinbarung .....	237



**§ 9. Strafrechtliche Bezüge von zivilrechtlichen Fragestellungen**

A. Betrug durch Fortsetzung einer Geschäftsbeziehung wegen des Verschweigens von Schadensersatzansprüchen? ..... 239

    I. Rechtliche Implikationen ..... 239

    II. Faktische Implikationen ..... 241

    III. Ergebnis ..... 241

B. Verfahrensgestaltung durch Schadenswiedergutmachung ..... 241

    I. Positives Nachtatverhalten (§ 46 Abs. 2 StGB) und Täter-Opfer-Ausgleich (§ 46a StGB) auf individueller Ebene ..... 242

    II. Positives Nachtatverhalten auf Unternehmensebene ..... 243

        1. Positive Auswirkungen auf die Bemessung des Ahndungsanteils einer Unternehmensgeldbuße ..... 243

        2. Vermeidung der Vermögensabschöpfung mittels eines Vergleichs mit dem Geschädigten ..... 244

            a) Zur „vergleichsfreundlichen“ Grundregel des § 73e Abs. 1 S. 1 StGB ..... 244

            b) Sonderprobleme bei Delikten gegen die Allgemeinheit (zB § 299 StGB) ..... 244

C. Formulierungsbeispiele ..... 245

**§ 10. Medienrecht und Kommunikation**

A. Überblick ..... 247

B. Schutz von Unternehmen ..... 248

    I. Recht am Unternehmen ..... 248

        1. Schutzgut und Betriebsbezogenheit des Eingriffs ..... 248

        2. Eingriff in das Schutzgut ..... 249

        3. Güter- und Interessenabwägung ..... 249

        4. Subsidiarität ..... 250

    II. Kreditgefährdung (§ 824 BGB) ..... 251

        1. Tatbestandsvoraussetzungen ..... 251

            a) Unwahre Tatsachenbehauptung ..... 251

            b) Eignung zur Beeinträchtigung ..... 251

            c) Beweislast ..... 252

            d) Unmittelbarkeit des Eingriffs ..... 252

        2. Einschränkung durch § 824 Abs. 2 BGB ..... 252

C. Schutz von natürlichen Personen ..... 252

    I. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht ..... 253

        1. Grundlagen ..... 253

        2. Sphären des Persönlichkeitsrechts ..... 253

            a) Intimsphäre und Geheimsphäre ..... 253

            b) Privatsphäre ..... 254

            c) Selbstöffnung ..... 255

            d) Öffentlichkeits- und Sozialsphäre ..... 255

    II. Recht am eigenen Bild ..... 257

        1. Einwilligung ..... 257

        2. Ausnahmen vom Einwilligungserfordernis ..... 258

        3. Bildnisse aus dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 KUG) ..... 258

        4. Verletzung berechtigter Interessen des Betroffenen (§ 23 Abs. 2 KUG) ..... 258

D. Rechte und Pflichten der Medien .....	259
I. Rolle der Medien .....	259
II. Rechte der Medien .....	259
1. Auskunftsanspruch der Medien .....	260
a) Auskunftsberechtigte .....	260
b) Auskunftspflichtete .....	260
c) Recht zur Auskunftsverweigerung .....	261
2. Spezialgesetzliche Auskunftsansprüche/Jedermann-Ansprüche .....	262
3. Kein Informationsanspruch gegenüber Privaten .....	262
III. Pflichten der Medien .....	262
1. Publizistische Sorgfalt .....	262
a) Printmedien .....	263
b) Rundfunk und Telemedienanbieter .....	263
c) Vereinigungen und Privatpersonen (Blogger) .....	263
2. Grundsätze der Recherche .....	264
a) Verpflichtung zur Wahrheit .....	264
b) Auskünfte privilegierter Quellen .....	264
c) Grenzen der Recherche .....	265
aa) Mitschneiden und Mithören von Gesprächen .....	265
bb) Heimliche Filmaufnahmen .....	266
cc) Recht am Unternehmen .....	266
dd) Rechtswidrig beschaffte Informationen .....	266
E. Haftung der Medien .....	267
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	267
II. Unterscheidung zwischen Tatsachenbehauptung und Werturteil .....	267
1. Ausgangspunkt: Auslegung .....	267
2. Tatsachenbehauptungen .....	268
a) Definition .....	268
b) Abgrenzungstechniken .....	268
c) Schutz von Tatsachenbehauptungen .....	269
3. Meinungsäußerungen .....	269
a) Definition .....	269
b) Schutz von Meinungsäußerungen .....	270
4. Mischformen .....	271
5. Fragen .....	272
6. Schlussfolgerungen .....	272
7. Prognosen .....	273
8. Rechtliche Einschätzungen .....	273
9. Äußerungen öffentlicher Stellen .....	274
III. Wahrnehmung berechtigter Interessen .....	274
IV. Verdachtsberichterstattung .....	275
1. Gegenstand von berechtigtem öffentlichem Interesse .....	275
2. Mindestbestand an Beweistatsachen .....	276
3. Anhörung des Betroffenen .....	276
4. Keine Vorverurteilung .....	277
5. Identifizierende Berichterstattung .....	278
V. Verbreiterhaftung .....	279
1. Klassische Medien .....	279
2. Intermediäre (Plattformen) .....	280
a) Suchmaschinen .....	280
b) Foren .....	281

F. Zivilrechtliche Ansprüche .....	282
I. Unterlassungsanspruch .....	282
1. Grundlagen .....	282
2. Abwägung .....	282
3. Anspruchsberechtigte .....	282
4. Anspruchsverpflichtete .....	283
5. Anspruchsvoraussetzungen .....	283
a) Begehungsgefahr .....	283
aa) Besonderheit Internetveröffentlichungen .....	284
bb) Besonderheit mehrdeutige Äußerungen .....	285
b) Beweislast .....	286
II. Gegendarstellungsanspruch .....	286
1. Anspruchsberechtigte .....	286
2. Anspruchsverpflichtete .....	287
3. Anspruchsvoraussetzungen .....	287
a) Inhalt der Erstmitteilung .....	287
b) Inhalt der Gegendarstellung .....	288
c) Umfang .....	288
d) Formelle Anspruchsvoraussetzungen .....	289
aa) Schriftform der Gegendarstellung .....	289
bb) Zuleitung .....	289
cc) Veröffentlichungsverlangen .....	289
dd) Fristen .....	289
4. Erfüllung des Anspruchs .....	290
a) Printmedien .....	290
b) Fernsehen und Rundfunk .....	291
c) Telemedien .....	291
III. Berichtigungsansprüche .....	292
1. Anspruchsvoraussetzungen .....	292
a) Unwahre Tatsachenbehauptung .....	292
b) Rechtsverletzung/Verletzung von Rechtsgütern .....	292
c) Rechtswidrigkeit und Fortdauer der Beeinträchtigung .....	293
d) Rechtsschutzinteresse .....	293
aa) Zeitablauf .....	293
bb) Freiwillige Richtigstellung .....	294
cc) Sachfremde Motive, Unzumutbarkeit .....	294
dd) Lappalien .....	294
2. Anspruchsberechtigte .....	295
3. Anspruchsverpflichtete .....	295
4. Formen der Berichtigung .....	295
a) Widerruf .....	295
b) Richtigstellung .....	295
c) Distanzierung .....	296
d) Nichtaufrechterhaltung .....	296
e) Ergänzende Berichterstattung .....	296
IV. Schadensersatzanspruch .....	297
1. Materielle Ersatzansprüche .....	297
a) Anspruchsberechtigte .....	297
b) Anspruchsverpflichtete .....	297
c) Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung .....	297
d) Kausalität und Verschulden .....	298
e) Umfang des Anspruchs .....	298
aa) Rechtsverfolgungskosten .....	298

bb) Dem Schaden entgegenwirkende Maßnahmen .....	298
cc) Sonstige Schäden, insbes. entgangener Gewinn .....	298
2. Immaterieller Schadensersatz .....	299
a) Anspruchsberechtigte .....	299
b) Schwerwiegende Beeinträchtigung des Persönlichkeitsrechts .....	300
c) Verschulden .....	300
d) Unabwendbares Bedürfnis des Betroffenen .....	300
e) Höhe der Geldentschädigung .....	301
V. Rechtsdurchsetzung .....	301
1. Unterlassung .....	301
2. Gegendarstellung .....	302
3. Berichtigung .....	303
G. Krisenmanagement und Krisenkommunikation .....	303
I. Die Bedeutung interner Kommunikation .....	304
II. Allgemeine Ziele und Strategien der Kommunikation .....	305
III. Kommunikative Maßnahmen nach der Erstinformation .....	305
IV. Offensive oder defensive Kommunikation? .....	306
V. Litigation-PR .....	306
1. Abgrenzung zur Krisen-PR .....	307
2. Arten von Litigation-PR .....	308
3. Aufgabe und Ausgestaltung von Litigation-PR .....	308
VI. Juristen und Kommunikation .....	309
1. Warum überhaupt mit Medien kommunizieren? .....	309
2. Juristische Kommunikationskonzepte .....	309
a) Hamburger Schule .....	309
b) Kölner Schule .....	310
c) Kooperatives Konzept .....	310
3. Wann welches Konzept? .....	311
4. Einsatz rechtlicher Mittel .....	311
H. Verhalten gegenüber Behörden .....	312
I. Maßnahmen gegen Auskünfte oder rechtswidrige Mitteilungen von Hoheitsträgern .....	312
II. Maßnahmen gegen namentliche Nennung von Personen .....	312
1. Grundsatz .....	313
2. Pressemitteilungen der Staatsanwaltschaft .....	313
3. Ansprüche des Betroffenen und Rechtsweg .....	313
I. Formulierungsbeispiele .....	314
I. „Notice-and-Takedown-Hinweis“ .....	314
II. Gegendarstellung .....	314
III. Widerruf .....	315
IV. Richtigstellung .....	315
V. Nachtrag .....	315

## § 11. Strategische Unternehmensverteidigung

A. Überblick: Risikoexposition und daraus folgende Aufgaben der Unternehmensverteidigung .....	317
B. Strafprozessuale Rechte des Unternehmens und des Unternehmensverteidigers .....	321
I. Taugliche Adressaten der Einziehung und Unternehmensgeldbuße .....	321
II. Anhörungsrecht im Ermittlungsverfahren (§ 426 Abs. 1 StPO) .....	322

III. Anordnung der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligung (§ 424 Abs. 1 StPO) .....	322
IV. Befugnisse der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligung in jeder Lage des Verfahrens (§ 428 StPO) .....	323
V. Befugnisse der Einziehungs- oder Verfahrensbeteiligten im Hauptverfahren (§ 427 StPO) .....	323
C. Ziele und Aufgaben der Unternehmensverteidigung .....	324
I. Strategische Vorüberlegungen und Handlungsoptionen .....	324
1. Ermittlung und Verfolgung des Unternehmensinteresses .....	324
a) Hauptziel: Abwendung bzw. Abmilderung von Rechtsfolgen unter Vermeidung von Publizität in kürzester Zeit .....	324
b) Zusätzliche Erwägungen und Faktoren .....	326
2. Erfassung und Priorisierung sämtlicher arrondierender Verfahren .....	327
3. Grundsätzliche Konzepte der Unternehmensverteidigung .....	328
a) Das Konzept aktiver Unternehmensverteidigung .....	328
b) Das Konzept passiver Unternehmensverteidigung .....	329
c) Das Konzept (bloßer) administrativer Unternehmensverteidigung .....	330
II. Festlegung der Strategie .....	331
D. Praktische Umsetzung der Unternehmensverteidigung .....	331
I. Beratung im Fall der unentdeckten Compliance-Krise .....	331
II. Verteidigung im Zusammenhang mit einer Durchsuchung .....	332
III. Strukturierung und Organisation der Unternehmensverteidigung und Strategiefestlegung .....	334
1. Klärung der Mandatsbeziehung und Sicherung des „legal privilege“ .....	334
2. Festlegung des bzw. der Ansprechpartner(s) .....	335
3. Umgang mit „vorbefassten“ Führungskräften und externen Beratern .....	335
4. Organisation der Sockelverteidigung .....	336
5. Übernahme der Kosten der Individualverteidigung? .....	338
6. Unterstützung bei der Auswahl von Zeugenbeiständen .....	338
7. Umgang mit der behördlichen Ermittlungsakte .....	340
IV. Kooperation mit dem Untersuchungsteam und dessen Beratung .....	340
V. Einholung von Gutachten .....	341
VI. Zur Pressearbeit aus der Sicht des Unternehmensverteidigers .....	342
VII. Zur Präventivberatung in der Compliance-Krise .....	343
VIII. Unternehmensverteidigung bei inhaftierten Mitarbeitern .....	344
IX. Verteidigungsmaßnahmen und -strategien zur Deeskalation einer strafrechtlichen Compliance-Krise .....	344
1. Allgemeine Maßnahmen zur Deeskalation einer strafrechtlichen Compliance-Krise durch positives Nachtatverhalten .....	345
2. Verteidigung gegen (vorläufige) Einziehungsmaßnahmen .....	345
a) Verteidigung gegen Einziehungsmaßnahmen .....	345
aa) Etwas erlangt (§ 73c S. 1 StGB, § 73d StGB) .....	346
bb) Abzugspositionen (§ 73d StGB) .....	346
cc) Voraussetzungen der Dritteinziehung (§ 73b Abs. 1 StGB) .....	347
dd) Ausschlussgründe (§ 73e Abs. 1 S. 1 StGB) .....	348
ee) Entreichung (§ 73e Abs. 2 StGB) .....	348
ff) Verständigung („Deal“) .....	349
gg) Vollstreckungsschutz (§ 459 g Abs. 5 StPO) .....	349
hh) Anordnung der Einziehung mittels Strafbefehl .....	350
b) Verteidigung gegen vorläufige Maßnahmen zur Vermögensabschöpfung .....	350
3. Verteidigung gegen Unternehmensgeldbußen .....	351

4. Koordinierte Verteidigung in Steuerstrafsachen .....	352
X. Verteidigung in den einzelnen Abschnitten des Strafverfahrens .....	352
1. Verteidigung im Ermittlungsverfahren .....	352
2. Verteidigung im Zwischenverfahren .....	354
3. Verteidigung im Hauptverfahren .....	355
E. Besonderheiten bei grenzüberschreitenden Strafverfahren .....	356
I. Anknüpfungspunkte für die Geltung einer fremden Jurisdiktion .....	356
II. „Europäischer Haftbefehl“ .....	356
III. „Europäische Ermittlungsanordnung“ .....	356
IV. Etablierung der Europäischen Staatsanwaltschaft .....	357
V. „Remarks on Corporate Criminal Enforcement“ der US-Regierung .....	357
1. Verfolgung der verantwortlichen Individuen .....	357
2. Strafzumessung: flexible Berücksichtigung des „criminal record“ .....	358
3. Anreize zur „freiwilligen“ Selbstanzeige .....	358
4. Verbesserung der Rechtssicherheit in Bezug auf „Monitore“ .....	359
VI. Folgerungen für die Unternehmensverteidigung .....	359
1. Notwendigkeit der Mandatierung von Spezialisten in jeder Jurisdiktion .....	359
2. Beachtung von „blocking statutes“ .....	359
3. Beobachtung der Entwicklung in anderen Jurisdiktionen .....	359
4. Sonderaspekt: Informelle Vernehmungen in Drittstaaten unter Umgehung der Rechtshilfe .....	360
5. Selektive Übergabe von Untersuchungsberichten? .....	360
6. Vermeidung des Risikos der Doppelbestrafung ( <i>ne bis in idem</i> ) .....	360
<b>§ 12. Compliance-Maßnahmen im Unternehmen</b>	
A. Rechtliche Grundlagen .....	363
B. Sanktionsmindernde Wirkung .....	364
C. Verankerung verbesserter Compliance-Strukturen in den Gesellschaftsdokumenten .....	366
I. Verankerung in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag .....	366
II. Verpflichtung in den Dienstverträgen der Unternehmensleitung .....	367
III. Vorgehen im Konzern .....	367
D. Schaffung eines verbesserten Compliance-Programms .....	367
I. Risikoanalyse aufgrund des Verstoßes .....	368
1. Definition und Dokumentation der Risikoklasse .....	368
2. Kriterium: Größe des Unternehmens .....	369
3. Kriterium: Organisation des Unternehmens .....	370
4. Kriterium: Die zu beachtenden rechtlichen Vorschriften .....	370
5. Kriterium: Geografische Präsenz des Unternehmens .....	371
6. Kriterium: Verdachts- und Verstoßfälle aus der Vergangenheit .....	371
II. Inhalt des Compliance-Programms .....	371
III. Kommunikation und Schulungen .....	372
E. Aufgabenverteilung im Unternehmen .....	373
I. Verantwortlichkeit der Unternehmensleitung .....	373
II. Compliance-Officer .....	373
III. Monitoring nach Compliance-Verstoß .....	374
F. Formulierungsbeispiele .....	374
I. Compliance-Bekanntnis für die Satzung oder den Gesellschaftsvertrag .....	374

II. Verpflichtung zur Schaffung von Compliance-Maßnahmen im Dienstvertrag der Organe .....	375
III. Bestellungsschreiben für den Compliance-Officer .....	375
<b>§ 13. Einrichtung eines Hinweisgebersystems</b>	
A. Überblick und Entwicklung .....	377
B. Whistleblower-RL (RL (EU) 2019/1937) .....	378
C. Deutsches Hinweisgeberschutzgesetz .....	379
I. Anwendungsbereich .....	379
1. Persönlicher Anwendungsbereich .....	379
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	379
II. Meldestellen für Hinweisgeber .....	379
1. Interne Meldestellen .....	380
a) Zugang für Mitarbeiter und Externe .....	380
b) Zulassung anonymen Hinweise .....	381
c) Anforderungen an die Bearbeiter der internen Meldestelle .....	381
d) Betrieb der internen Meldestelle .....	382
e) Technische Ausgestaltung der internen Meldekanäle .....	382
f) Datenschutz .....	383
g) Beauftragung von externen Dienstleistern .....	384
h) Einbindung des Betriebsrats .....	384
2. Externe Meldestelle .....	385
3. Vor- und Nachteile der internen und externen Meldestellen .....	385
III. Offenlegung von Hinweisen .....	386
IV. Schutz des Hinweisgebers .....	386
V. Sanktionen für Unternehmen bei Nichtumsetzung .....	387
D. Interne Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen .....	387
E. Formulierungsbeispiele .....	387
I. Interne Richtlinie für den Umgang mit eingehenden Hinweisen .....	387
II. Mitarbeiterbestellung für interne Meldestelle .....	390
III. Anündigung interne Meldestelle .....	391
IV. Erstes Schreiben an Hinweisgeber mit Eingangsbestätigung .....	392
V. Weiteres Schreiben an Hinweisgeber zum Verfahrensstand .....	392
VI. Information der Unternehmensleitung durch interne Meldestelle .....	392
VII. Betriebsvereinbarung für Hinweisgebersystem .....	393
<b>§ 14. Vergaberechtliche Selbstreinigung</b>	
A. Notwendigkeit der Selbstreinigung .....	397
I. Zwingende Ausschlussgründe .....	397
II. Fakultative Ausschlussgründe .....	398
III. Dauer der Vergabesperre .....	399
B. Voraussetzungen der Selbstreinigung .....	399
I. Schadensausgleich .....	399
II. Sachverhaltsaufklärung .....	400
III. Sanktionen und Compliance-Maßnahmen .....	402
C. Verfahren vor den Vergabekammern .....	404
D. Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt .....	405
I. Lösungsverfahren .....	406

II. Wirkung für die individuellen Vergabeverfahren .....	408
E. Formulierungsbeispiele .....	409
I. Konzept für die Durchführung einer Selbstreinigung (§ 125 GWB) .....	409
II. Leitlinien des Bundeskartellamts zur vorzeitigen Löschung einer Eintragung aus dem Wettbewerbsregister wegen Selbstreinigung .....	413
III. Vorzeitige Löschung aus dem Wettbewerbsregister wegen Selbstreinigung – Praktische Hinweise des Bundeskartellamts für einen Antrag .....	417
IV. Mitteilung von Maßnahmen zur Selbstreinigung .....	427
V. Leitfaden für Vergabestellen .....	430
Sachverzeichnis .....	443

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG